



Christel Humme

Mitglied des Deutschen Bundestages
Familien-, seniore-, frauen- und
jugendpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

Christel Humme MdB · Deutscher Bundestag · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75 602

☎ (030) 227 – 70 602

✉ christel.humme@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Annenstraße 8

68483 Witten

☎ (02302) 277 94 44

☎ (02302) 277 94 45

✉ christel.humme@wk.bundestag.de

Berlin, den 26. Januar 2007

Ihre Beteiligung an der Postkartenaktion der „Aktion Volksabstimmung“

Sehr geehrter

vielen Dank für Ihre Zuschrift zur Einführung eines bundesweiten Referendums durch die „Aktion Volksabstimmung“. Sie haben mir im Rahmen dieser Aktion bereits im Oktober 2006 eine gleich lautende Postkarte geschickt und von mir eine Antwort erhalten. Da mir auch meine Fraktionskollegen Hubertus Heil, Sebastian Edathy und Hans-Ulrich Klose eine Anfrage von Ihnen zugeleitet haben, sende ich Ihnen als zuständige Bundestagsabgeordnete noch einmal meine Antwort vom November des vergangenen Jahres zu.

Sie setzen sich mit Ihrer Beteiligung an der Postkartenaktion für das Recht auf eine bundesweite Volksabstimmung ein. Darin kann ich Sie nur unterstützen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den zurückliegenden Legislaturperioden verschiedene Anläufe zur Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene unternommen. Bereits 1993 hat die SPD unter dem damaligen Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel im Anschluss an die Beratungen in der Gemeinsamen Verfassungskommission einen Gesetzentwurf eingebracht, der ein dreistufiges Verfahren bis zum Volksentscheid vorsah.



Christel Humme
Mitglied des Deutschen Bundestages
Familien-, senioren-, frauen- und
jugendpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

Am 13. März 2002 hat die damalige rot-grüne Koalition ebenfalls einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid eingebracht. Gemeinsam mit unserem früheren Koalitionspartner Bündnis90/Die Grünen waren wir uns darin einig, dass die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger durch die Einführung eines bundesweiten Volksentscheides weiter gestärkt werden könnten. Doch auch diese Initiative kam seinerzeit durch den Widerstand von CDU/CSU nicht zustande.

Da der Volksentscheid eine Verfassungsänderung voraussetzt, ist zu seiner Einführung eine Zweidrittelmehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat nötig.

Es ist kein Geheimnis, dass die Union in dieser Frage immer eine andere Position vertreten hat. Sie nun von den Vorteilen einer direkten Bürgerbeteiligung zu überzeugen, wird daher – auch im Rahmen der Großen Koalition – nicht ganz leicht. Dennoch ist es unser Anliegen. Daher stand im Wahlmanifest der SPD auch eindeutig: „Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.“ Es wird nun also auch eine Aufgabe sein, die realistischen Möglichkeiten der Umsetzung eines bundesweiten Volksentscheides in Zusammenarbeit mit der Union zu ermitteln und auf seine Einführung hinzuwirken.

Ich persönlich und auch meine Partei stehen hierbei auf Ihrer Seite. Dennoch wird zur Durchsetzung unserer Position die Sensibilisierung des öffentlichen Bewusstseins nötig und hilfreich sein. Durch Ihre Beteiligung an den Kampagnen wie der „Aktion Volksabstimmung“ tragen Sie dazu bei. Daher bedanke ich mich für Ihre Zuschrift und ermutige Sie, auch weiterhin für verbesserte Möglichkeiten direkter Bürgerbeteiligung einzutreten.

Es ist mir allerdings ein wichtiges Anliegen, Ihnen auch auf ein aus meiner Sicht sehr problematisches Mittel der von Ihnen unterstützten Aktion zu antworten: Wie bei vielen anderen Fragen handelt es sich bei dem Projekt zur Einführung einer bundesweiten Volksabstimmung um eine politische Auseinandersetzung. Hierbei kann es nur darum gehen, im parlamentarischen Prozess die Möglichkeiten auszuloten und – wo sie sich ergeben – zu nutzen. Dazu gehört, das kann ich Ihnen aus leidvoller persönlicher Erfahrung versichern, dass es auch Grenzen und Enttäuschungen gibt. Was mich ernsthaft schockiert ist, dass die Aktion Volksabstimmung, die für mehr Demokratie eintritt, gleichzeitig damit droht, das wichtigste Element der Demokratie – Ihre Wahlstimme – zu schwächen. Wer Wert auf Demokratie legt, muss wählen. Immer.



Christel Humme

Mitglied des Deutschen Bundestages
Familien-, senoren-, frauen- und
jugendpolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

Am Wahltag stimmen Sie nicht nur für oder gegen direkte Volksabstimmungen, sondern Sie stimmen darüber ab, wer in diesem Land die politischen Rahmen setzt – und wie diese gestaltet sind. Sie stimmen ab über Entwicklungen in der Bildungs- und Sozialpolitik, in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik, Sie stimmen auch ab über Krieg und Frieden – und Sie verhindern mit Ihrer demokratischen Stimme, dass Populisten und Extremisten in den Parlamenten sitzen.

Bitte überdenken Sie daher Ihre Entscheidung, die Sie mir auf der Postkarte mitgeteilt haben. Ich möchte Sie vielmehr ermutigen, sich weiterhin im Sinne einer demokratischen Kultur für die Einführung einer bundesweiten Volksabstimmung einzusetzen.

Mit freundlichem Gruß

Christel Humme